

Von der Schwierigkeit, einen Dialog zu führen

Eine Bemerkung von Rainer Hildebrand, Vorsitzender der Schutzgemeinschaft Vogelsberg, sollten die Veranstalter beherzigen, wollen sie den „Land-Stadt-Dialog“ fortführen: „Senden Sie uns nicht nur Tom Koenigs, mit dem man ja nicht richtig streiten mag, weil er sein Mögliches tut“, bat Hildebrand.

Der Dialog könnte in der Tat zum Monolog werden, sind sich auf dem Podium alle einig. Daß der Umweltdezernent Koenigs nicht das ganze Frankfurt repräsentieren kann, ist unstrittig. Umso wichtiger wäre es gewesen, weitere Vertreter der Stadt in die Veranstaltung einzubinden.

Daß die Vogelsberger mit ihren Problemen gestern weitgehend unter sich blieben, mag an der Entfernung des Veranstaltungsortes Schotten zu Frankfurt gelegen haben. So blieb auch die Frage des Diskussionsleiters Dr. Dietrich Jörn Weder vom Hessischen Rundfunk nur eine rhetorische: Ob denn der immer wieder zitierte Gegensatz vielleicht nur in den Köpfen der Politiker, nicht aber zwischen den Menschen existiert?

Sicherlich schade, daß nur wenige Bürger das Forum nutzten. Viele Diskussionen bewegten sich so auf einer allzu theoretischen Ebene. Doch waren da ja noch die Landwirte, die sich energisch Gehör verschafft hatten. Warum Landrat Hans-Ulrich Lipphardt, der selten eine Gelegenheit ausläßt, auf die Bedeutung der Landwirtschaft für den Erhalt des Naturraumes Vogelsberg hinzuweisen, ausgerechnet sie nicht auf dem Podium plazierte, ist verwunderlich. Schließlich machen die Bauern (noch) einen Großteil der Bevölkerung aus. Wenn nicht sie für die Geschichte und die Probleme der Region stehen, wer dann?

Die Chance zum Dialog vertan hat Rolf Praml. Der arg beschimpfte Staatssekretär aus dem Landwirtschaftsministerium erwies sich als wenig sensibel für die Belange der Bauern.

JUDITH BARSCHTIPAN

„Land-Stadt-Dialog“: Eine Zwischenbilanz

Erfolge Frankfurts beim Wassersparen – Schutzgemeinschaft sieht Handlungsdefizite – Gutachten unter Verschuß



Politische Prominenz, nicht nur aus dem Vogelsberg, verfolgte die Diskussion beziehungsweise bezog zu spezifischen Fragestellungen auf dem Podium Position.

SCHOTTEN (jub). Zwei Jahre, zwei Monate und zwei Tage nach dem ersten Stadt-Land-Dialog stand bei der gestrigen Folgeveranstaltung eine Bilanz im Mittelpunkt: Was hat sich seit dem November 1990 getan im Streit um das Wasser? Frankfurts Umweltdezernent Tom Koenigs hatte seinerzeit im Frankfurter Römer eine Neuorientierung seiner Stadt in der Wasserpolitik angekündigt. Erste Erfolge nannte er gestern, ebenso das Ziel, den Wasserverbrauch bis zum Jahr 2 000 um 20 Prozent zurückzufahren.

Auf eine Bewußtseinsänderung in den Köpfen der Frankfurter ziele die Politik. Daß sich da schon etwas getan habe, zeigten die Einsparungen, die im Herbst vergangenen Jahres erzielt worden seien. Um das langfristige Ziel zu erreichen, setzt die Stadt auf wassersparende Technik in Privathaushalten, auf die Nutzung von Brauchwasser im produzierenden Gewerbe, ebenso bei privaten Verwaltungs- und Dienstleistungsunternehmen und in öffentlichen Einrichtungen. Auch sollen in allen Neubauten Wasseruhren für jeden Haushalt installiert werden.

Daß die Aufklärungskampagne allein zu wenig sei, sagte Rainer Hildebrand, Vorsitzender der Schutzgemeinschaft

Vogelsberg. Zwar billigte er der Stadt zu, die Zeichen der Zeit erkannt zu haben, teilte aber nicht Koenigs Optimismus. Vielmehr ging Hildebrand von einem steigenden Bedarf aus und nannte konkrete Handlungsdefizite, etwa die mangelnde Kooperation der Stadt mit Multiplikatoren wie der Sanitärinnung oder Architekten. Auch müßten sie vorhandenen Einspar- und Substitutionspotentiale ausgeschöpft werden. Auch das von den Stadtwerken Frankfurt mitversorgte Umlandsverbandsgebiet müsse in die neue Wasserpolitik einbezogen werden. Denn gerade dort zeige sich „unkritische Wachstumseuphorie“. Eine „Schieflage“ erkannte Hildebrand auch bei der Planung von 7 000 Woh-

nungen am Main unter dem Motto „Frankfurt wendet sich wieder dem Main zu“. Seine Frage: „Werden auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß eben dieser Main einen Teil der Wasserversorgungslast übernehmen kann?“

Für Irritation sorgte in der Diskussion auch die „Wasserbilanz Rhein-Main 1990 bis 2010“, die, so Schottens Bürgermeister Zimmermann, für das Jahr 2 000 ein Defizit von 18 Millionen Kubikmeter Wasser trotz aller Einsparungen prognostiziere. Diese Wasserbilanz hatte zuvor schon Tom Koenigs als den „Wunsch verbrauchsorientierter Unternehmen“ bezeichnet, die diese Untersuchung in Auftrag gegeben hatten. Für die Stadt Frankfurt gelte, daß der Fremdbezug auf keinen Fall ausgeweitet werde. Auch angesichts eines weiteren Wachstums müßten andere Wege der Wasserversorgung gefunden werden. Für Frankfurt gelte, seine eigenen ökologischen Probleme auch selbst zu lösen. Streckenweise im Dunkeln blieb die Diskussion bei der Frage künftiger Hand-

lungsmöglichkeiten. Zwar liegt das lange erwartete übergreifende Gutachten über die Wassergewinnung im Vogelsberg jetzt vor. Dessen Ergebnisse aber blieben gestern unter Verschuß, weil eine abschließende Diskussion mit allen Beteiligten noch nicht stattgefunden hat. So machte Dr. Meiners vom Büro für Hydrogeologie und Umwelt GmbH, das dieses Gutachten erstellt hat, nur allgemeine Aussagen zum Verfahren. Unbefriedigend vor allem für Wolfgang Eckhardt, Vorsitzender der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Nidda. Der wies die Verantwortlichen eindringlich auf die Bedrohung des Waldes als wichtigstem Grundwasserspeicher hin. Durch die Grundwasserentnahme „sterben flächenweise Waldbestände ab“. Wenn dagegen nichts getan werde „braucht man in zehn Jahren hier kein Wasser mehr abzapfen.“ Handlungsbedarf sei geboten. Welche Rekultivierungsmaßnahmen die vorsehen, die das Wasser entnehmen, wollte er wissen. Antworten darauf stehen im Gutachten. Doch die nannte keiner.

Für eine Kooperation